

## Parlamentswahlen 2017 in Westeuropa

# Radikale Linke auf Rekordniveau

von Nico Biver

Für die westeuropäische radikale Linke<sup>1</sup> endete das Wahljahr 2017 mit einer insgesamt positiven Bilanz. Geringen Verlusten in den Niederlanden und Österreich standen mäßige (Island, Deutschland) bis kräftige Gewinne (Frankreich, Norwegen) gegenüber. In Großbritannien schnitten die kleinen Parteien der radikalen Linken zwar noch schlechter ab als sonst, aber dies war auch dem Linksruck in der Labour Party unter Jeremy Corbyn geschuldet, der die meisten Gruppen veranlasste, auf eine Kandidatur zu verzichten. An den Parlamentswahlen in Malta und Liechtenstein nahmen keine radikalen linken Parteien teil.

Selbst wenn man den Wahlerfolg der Labour-Partei auf dem Konto der Sozialdemokratie und nicht auf dem der radikalen Linken verbucht, haben diese Parteien 2017 bei den Parlamentswahlen in den genannten Ländern ihre Stimmzahl von 7,20 Millionen auf 9,26 Millionen erhöht. Damit übersteigt in den westeuropäischen Staaten der Stimmenanteil der Parteien links der Sozialdemokratie mit 10,4 Prozent erstmals seit 1990 die Zehn-Prozent-Marke.<sup>2</sup> Würden bei Frankreich nicht die Ergebnisse der Parlamentswahlen sondern die der bedeutenderen Präsidentschaftswahlen berücksichtigt, läge der Anteil sogar bei 11,6 Prozent. Sie können damit aber nicht die Verluste der sozialdemokratischen Parteien wettmachen, die nur noch 23,9 Prozent erringen konnten. Allein 2017 haben sie 3,6 Prozent verloren. Insgesamt betragen die Verluste 10,0 Prozent seit 2008. (Siehe Diagramm S. 2)

### Wahlergebnisse der radikalen Linken bei den Parlamentswahlen in Westeuropa 2017

Datum/Land	Partei/Liste	Vorletzte Wahl		Wahl 2017	
		Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
15. März: Niederlande	Sozialistische Partei (SP)	909.853	9,65	955.633	9,09
8. Juni: Großbritannien	Verschiedene Kandidaturen	55.433	0,18	2.316	0,01
8. Juni: Nordirland	Sinn Féin	176.232	24,54	238.915	29,42
	Sonstige	9.522	1,33	6.217	0,77
11. Juni: Frankreich	La France Insoumise (LFI)			2.455.454	11,24
	Französische KP (PCF)			613.035	2,81
	Linksfront (FG)	1.779.758	7,11		
	Arbeiterkampf (LO)	123.195	0,49	155.346	0,71
	Neue Antikap. Partei (NPA)	77.975	0,31	5.596	0,03
	Sonstige	49.809	0,20	10.345	0,05
11. September: Norwegen	Sozialist. Linkspartei (SV)	116.021	4,09	176.222	5,98
	Rødt (Rot)	30.751	1,08	70.522	2,39
	Norwegische KP (NKP)	611	0,02	309	0,01
24. September: Deutschland	DIE LINKE	3.755.699	8,59	4.297.270	9,24
	MLPD	24.219	0,06	29.785	0,06
	DKP			11.558	0,02
	Sonstige	4.564	0,01	159.744	0,34
15. Oktober: Österreich	KP Österreichs - Plus	48.175	1,03	39.689	0,78
	Sonstige	3.051	0,07	713	0,01
28. Oktober: Island	Linke-Grüne Bewegung	30.166	15,91	33.155	16,89
	Volksfront	575	0,30	375	0,19
<b>GESAMT</b>		<b>7.195.609</b>		<b>9.262.199</b>	

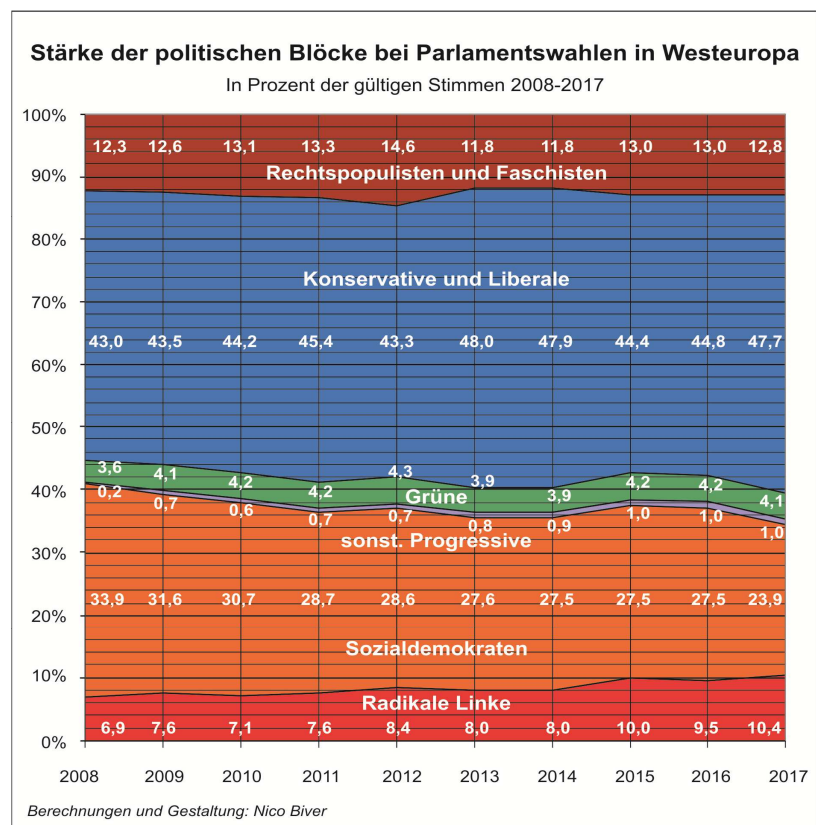
Die Lösung der Parteibindungen in Westeuropa setzt sich fort. Zugewinne und Verluste von mehr als 10 Prozent sind selbst bei Parteien mit langer Tradition keine Seltenheit. Gleichzeitig ist mancherorts wieder eine Zunahme der Wahlbeteiligung zu beobachten. Trotz der Nachwirkungen der Flüchtlingskrise stagnieren die rechtspopulistischen und faschistischen Parteien bei 12,8 Prozent. Seit 1995 schwankt dieser Anteil zwischen 11,6 und 14,6 Prozent.

## Niederlande

Die ersten Parlamentswahlen 2017 in Westeuropa fanden am 15. März in den Niederlanden statt. Die Parteien der regierenden liberal-sozialdemokratischen Koalition, die die neoliberalen "Reformen" des niederländischen Sozialsystems weiter vorangetrieben hatte, wurden abgestraft. Während die rechtsliberale VVD des Premiers Mark Rutte noch glimpflich davon kam, wurde die Partei der Arbeit (PvdA) pulverisiert. Sie fiel von 24,8 auf 5,7 Prozent. Davon profitierten vor allem die niederländische Umweltpartei GroenLinks, die am meisten zulegte, und die Linksliberalen D66. Erst der drittgrößte Anteil früherer PvdA-Stimmen ging an die links von ihr angesiedelte Sozialistische Partei (SP). Diese legte zwar leicht an Stimmen zu, sank aber von 9,7 auf 9,1 Prozent. GroenLinks konnte durch einen linken Wahlkampf und die Weigerung, in der Flüchtlings- und Migrationspolitik Zugeständnisse an die Rechtspopulisten zu machen, vor allem bei gebildeten Jugendlichen stark zulegen. Sie gewann nicht nur ein Viertel der Stimmen der PvdA sondern auch fast ein Zehntel der D66-Stimmen. Von der SP ging jeweils knapp ein Zehntel an GroenLinks und an die rechtspopulistische PVV, die Einmannpartei Geert Wilders', die entgegen allen Erwartungen nur wenig Boden gut machen konnte.

Damit setzt sich der langsame Abwärtstrend der ehemals maoistischen SP fort. Sie hatte 2006 ihren Zenit mit 16,6 Prozent der Wählerstimmen erreicht und seitdem ein Fünftel ihrer Mitglieder eingebüßt. Die SP hatte sich von Anfang an das Ziel gesetzt, eine "Partei für gewöhnliche Menschen" zu werden. Das ist ihr auch gelungen. Bei der Wahl war sie mit 17 Prozent an erster Stelle in der niedrigsten Einkommensgruppe und auf Platz zwei in der Gruppe mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen. In beiden Gruppen kämpft sie mit der PVV um die Vorherrschaft. Aber in anderen Bevölkerungsgruppen ist sie schwach vertreten. Von den Erstwählern stimmten nur 3 Prozent für sie (aber 27 Prozent für GroenLinks). Auch bei Rentnern, in Großstädten und bei Männern (7 Prozent gegenüber 11 Prozent bei Frauen) liegt die SP unter ihrem Durchschnitt.<sup>3</sup>

Linke Kritiker werfen der SP vor, sich programmatisch an die Sozialdemokratie angenähert zu haben, um ihre Möglichkeiten zu verbessern, in Regierungsverantwortung zu kommen. In den Kommunen gelingt ihr das zunehmend. Sie ist bereit, mit allen Parteien außer der PVV zu koalieren.<sup>4</sup> Auch ihre zwiespältige Haltung in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik dürfte viele ehemalige und potentielle Wähler ermuntert haben, anderen Parteien ihre Stimme zu



geben. Da es in den Niederlanden keine Prozent-Hürde gibt, sind Parteien für viele Einzelinteressen im Parlament vertreten. Neben PVV und Grünen profitierten die Partei für die Tiere, die Altenpartei 50PLUS und die neue Migrantenpartei DENK von den Stimmenverlusten der SP.<sup>5</sup>

## **Vereinigtes Königreich**

Selbst wenn man die Stimmen, die die Labour-Partei am 8. Juni gewann, zu denen der Sozialdemokratie addiert, hat die radikale Linke vermutlich in Großbritannien ihren größten Erfolg errungen. Labour hat sich seit der erfolgreichen Kandidatur des linken Flügelmanns Jeremy Corbyn für den Vorsitz tiefgreifend verändert. Durch den Zustrom vor allem von Corbyn-Anhängern verdreifachte sich die Mitgliederzahl fast - auf 570.000 Mitglieder Ende 2017.

Aufgrund des Mehrheitswahlsystems konnten die links der Labour-Partei bestehenden kommunistischen, linkssozialistischen und trotzkistischen Parteien nie eine große wahlpolitische Rolle spielen. Deshalb war ihr Drang, aber auch der der meisten Anhänger der radikalen Linken, stets groß, sich in der Labour-Partei zu organisieren und über diesen Umweg auch in die Parlamente zu kommen.

Alle Versuche der neoliberalen Mehrheit der Labour-Parlamentsfraktion, Corbyn wieder zu stürzen, scheiterten. Der überraschende Erfolg, den die Partei mit einem linken Programm bei den vorgezogenen Unterhauswahlen am 8. Juni erringen konnte, hat seine rechten Kritiker in der Partei vorerst zum Schweigen gebracht. Labour konnte sich um fast 10 Prozent auf 40,0 Prozent verbessern. Die radikale Linke hatte weitgehend auf Kandidaturen verzichtet. Die rechtspopulistische UKIP büsste vier Fünftel ihrer Stimmen vor allem zugunsten der Konservativen ein.

Labour wird stärker von Frauen (42 Prozent) als von Männern gewählt. Das Altergefälle ist sehr steil: 67 Prozent der 18-24jährigen aber nur 23 Prozent der über 65jährigen gaben der Partei die Stimme. Zwar ist Labour unter un- und angelernten Arbeitern sowie unter Empfängern von staatlicher Hilfe mit 46 Prozent stärkste Partei, aber unter Facharbeitern liegt sie mit 38 Prozent 6 Punkte hinter den Konservativen.<sup>6</sup>

Ob es auf Dauer gelingt, die Labour-Partei auf einen sozialistischen Kurs zu bringen, ist noch nicht ausgemacht. Die Parlamentsfraktion wird nach wie vor vom neoliberalen Flügel dominiert und es dürfte schwierig sein, hier kurzfristig zu personellen Veränderungen zu kommen, da Abgeordnete bei Neuwahlen automatisch und nicht durch ein Votum der Mitglieder aufgestellt werden.

In Nordirland konnte sich die linksnationalistische Sinn Féin bei der Unterhauswahl um 5 auf fast 30 Prozent verbessern.

## **Frankreich**

Die Hoffnung, dass es in der französischen Sozialdemokratie zu einem Kurswechsel kommen könnte, hatte Jean-Luc Mélenchon schon 2008 mit seinem Austritt aufgegeben und sich entschlossen, eine neue Partei links der Sozialistischen Partei aufzubauen. Die Überflügelung der Sozialistischen Partei (PS) ist ihm nach dem Umweg über die Linkspartei (PG) und die Linksfrente (FG) 2017 mit seiner Bewegung La France Insoumise (Unbeugsames Frankreich, LFI) gelungen. Zwar kam er bei der Präsidentschaftswahl im April nicht in die Stichwahl, erzielte aber mit 19,6 Prozent das beste Ergebnis eines Kandidaten der radikalen Linken seit 1969 - und die PS ihr schlechtestes seit damals. Da Frankreich über ein präsidentiales System verfügt, und durch den Erfolg Emmanuel Macrons klar war, welche Kräfte künftig das Land regieren würden, kamen den anschließenden Parlamentswahlen vom 11. und 18. Juni nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu. Nur 50 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich, von den Arbeitern sogar nur ein Drittel.

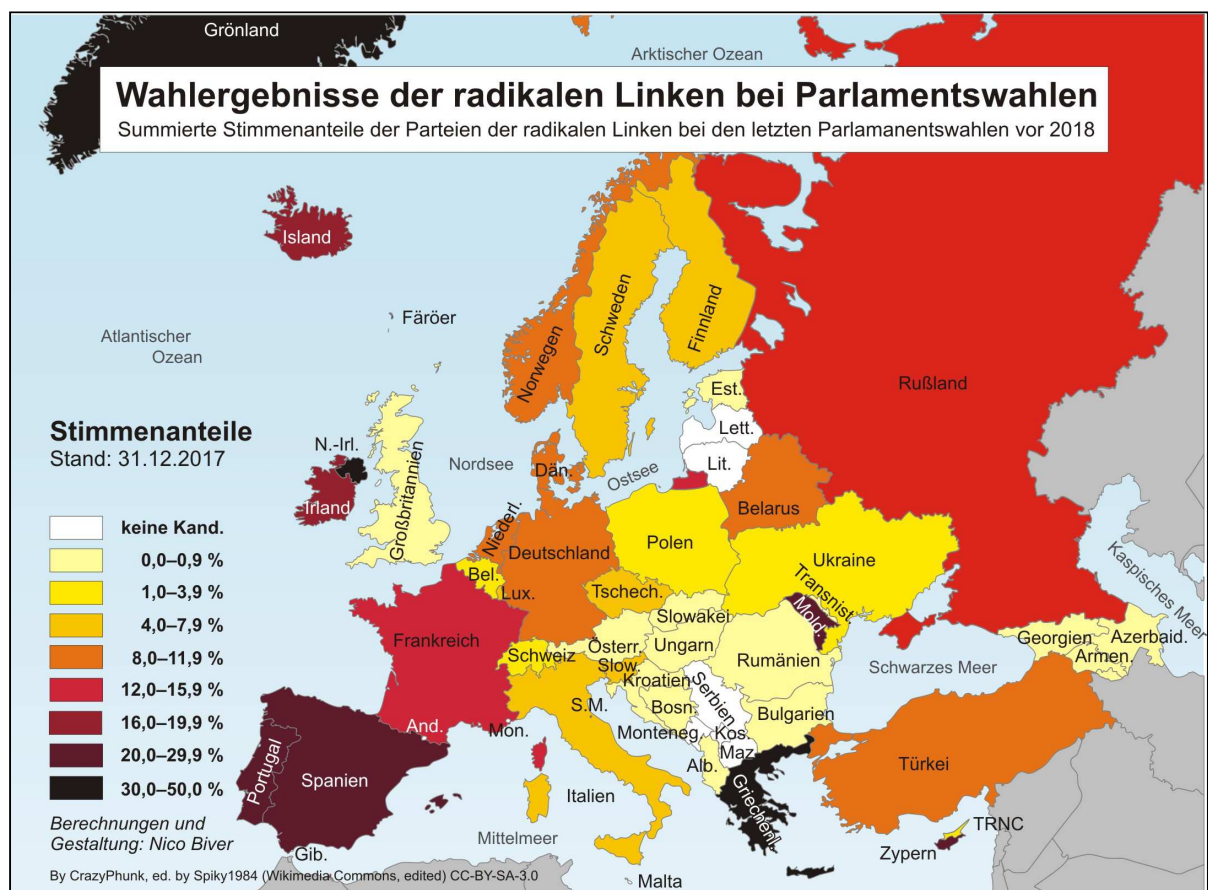
Die FG aus Französischer KP (PCF), PG und kleineren Gruppen, für die Mélenchon 2013 11 Prozent geholt hatte, war inzwischen aus verschiedenen Gründen zerfallen. Einerseits schmiedete die PCF bei Wahlen auf regionaler Ebene immer wieder auch Bündnisse mit der PS und andererseits hofften Mélenchon und sein Umfeld mit einem Alleingang auf linkspopulistischer Basis, mit einer Kampagne aus einem Guss und ohne Parteiapparate, mehr Erfolg zu haben als im Bündnis. Schon bei der Präsidentschaftswahl blieb der PCF nichts anderes übrig, seine Kandidatur mit mehr oder weniger Enthusiasmus zu unterstützen. Auch bei der Parlamentswahl setzte LFI mit wenigen Ausnahmen auf einen Alleingang. In 437 von 538 Wahlkreisen kam es so zu konkurrierenden Kandidaturen, die in vielen Fällen zur Folge hatten, dass kein Kandidat der radikalen Linken es in die zweite Wahlrunde schaffte.

Dies trug mit dazu bei, dass die Zustimmung für LFI und PCF sank und der Traum der LFI, an Macrons Bewegung En Marche heranzukommen, illusorisch war. LFI erzielte 11,2 Prozent der Stimmen und konnte Fraktionsstärke erreichen, ebenso wie die PCF mit 2,8 Prozent, die einige Hochburgen retten konnte. Insgesamt konnte sich die Radikale Linke von 8,1 auf 14,8 fast verdoppeln. Die Sozialistische Partei stürzte von 29,5 auf 7,5 Prozent ab.

Die LFI wird überdurchschnittlich von jungen Wählern unterstützt, schneidet aber bei über 65jährigen schlecht ab (ähnlich der Nationalen Front, FN). Mit 16 Prozent und 20 Prozent erzielt sie ihre besten Ergebnisse bei Arbeitern und Arbeitlosen. Spitzenreiter bei Arbeitern bleibt aber die FN mit 29 Prozent.<sup>7</sup>

## Norwegen

Auch die Norwegische Parlamentswahl am 11. September brachte starke Zuwächse für die radikale Linke aber nicht den erhofften Regierungswechsel. Verluste der Sozialdemokraten (DNA) auf den letzten Metern machten den monatelangen Vorsprung der Mitte-Links-Parteien in den Umfragen zunichte. Grund scheinen vor allem die Annäherungsversuche an die Liberalen und Christdemokraten gewesen zu sein, die die gegenwärtige Rechtsregierung



stützen. Die Linksozialisten (SV), die nach zwei Regierungsbeteiligungen ihr Ergebnis von 2005 (8,8 Prozent) bis 2013 halbiert hatten (4,1 Prozent), konnten sich in der Opposition vor allem auf Kosten der DNA erholen, und jetzt 6,0 Prozent erzielen. Die Partei Rødt (Rot) konnte erstmals mit 2,3 Prozent und dem bisher besten Ergebnis dieser Strömung einen Sitz im Parlament holen. Sie ist die Nachfolgerin der maoistischen Kommunistischen Arbeiterpartei (marxistisch-leninistisch) (AKP-ml) und des Roten Wahlbündnisses (RV).<sup>8</sup>

Rødt entstand 2007 in der Niedergangsphase der rot-grünen Regierung, die anfangs unter dem Druck der Gewerkschaften einen linken Kurs verfolgte aber immer mehr auf alte neoliberale Pfade zurückkehrte. Sie beteiligte sich außerdem an den NATO-Abenteuern in Afghanistan und Libyen. Rødt verdoppelte seit ihrer Gründung aus dem RV ihre Mitgliederzahl auf über 3.000. Ein bemerkenswertes Phänomen ist auch die Tageszeitung Klassekampen, das ehemalige Zentralorgan der AKP, die jetzt gemeinsam mit mehreren linken Gewerkschaften und Verlagen herausgegeben wird. Ihre Auflage hat sich seit der Jahrtausendwende kontinuierlich von 6.000 auf 23.000 Exemplare erhöht, nicht gerade wenig in einem Land mit 5,5 Mio. Einwohnern.

Rødt ist eine undogmatische, radikal linke Kraft, für die Wirtschafts- und Arbeitsthemen im Zentrum stehen, die aber gleichzeitig eine feministische, ökologische und antirassistische Politik verfolgt. In den Umfragen vor der Septemberwahl lag sie mehrmals über der Hürde von 4 Prozent, oberhalb derer eine Partei an der landesweiten Sitzverteilung beteiligt wird. Aber wie schon bei Wahlen zuvor, waren es am Ende weniger Wähler als in den Umfragen, die für Rødt stimmten. Grund sind vermutlich Befürchtungen, dass bei einem Ergebnis unter 4 Prozent dem gesamten linken Lager Sitze verloren gehen oder auch die SV an der Hürde scheitern könnte. Dennoch konnte Rødt ihre Stimmenzahl vor allem auf Kosten der SV und der DNA mit 70.000 Stimmen mehr als verdoppeln.

Nur die Wähler von SV und Rødt nannten in einer Umfrage den „sozialen Zusammenhalt“ als eines der drei wichtigsten von zwölf genannten Themen. Das Thema „Öffentlich-Privat“ ist ausschließlich für die Rødt-Wähler von Bedeutung während für die SV-Wähler „Schule und Bildung“ sehr wichtig ist. Auf Platz 1 lag bei den beiden Parteien das Thema „Umwelt und Klima“, bei der rot-grünen SV sogar mit Abstand. Das hat aber nicht verhindert, dass 2013, zum Zeitpunkt der größten Schwäche der SV, die vorher bedeutungslose Grüne Partei, die weder rechts noch links sein will, erstmals einen Abgeordnetensitz gewann, den sie diesmal verteidigen konnte. Das Thema „Einwanderung“ spielte trotz seiner Dominanz im Wahlkampf nur bei den Wählern der rechtspopulistischen FrP eine beherrschende Rolle. Das brachte ihr trotzdem keinen Stimmenzuwachs.<sup>9</sup>

SV und Rødt sprechen zu einem Großteil eine ähnliche Wählerschaft an. Frauen stellen die Mehrheit ihrer Wähler, bei der SV sogar mehr als zwei Drittel. Nach den Grünen ist der Anteil der Wähler unter 30 Jahren bei SV und Rødt am höchsten. Während Grüne und SV mit steigendem Bildungsniveau in der Wählergunst zulegen, ist bei Rødt zwar auch ein Akademikerüberhang festzustellen, aber gleichzeitig eine leicht überdurchschnittliche Zustimmung von Wählern mit Grundschulabschluss. Hier führt allerdings die FrP deutlich.<sup>10</sup>

## Deutschland

Zwei Wochen später gingen die Deutschen an die Wahlurnen. Obwohl die SPD am 24. September mit 20,5 Prozent das schlechteste Ergebnis seit der Weimarer Republik einfuhr, konnte DIE LINKE nur leicht auf 9,2 Prozent zulegen. Anfang des Jahres erweckte die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz den Eindruck, sie würde sich wieder für soziale Gerechtigkeit engagieren. Dies führte zu einem Umfragenhoch und brachte sogar rechnerisch eine rot-rot-grüne Koalition in den Bereich des Möglichen. Doch diese Perspektive wurde nicht nur durch das erneute Sinken der SPD-Umfragewerte sondern auch durch eine deutlichere Abgrenzung der SPD zur LINKEN gestoppt. Zumindest für Wähler, die DIE LINKE gerne an der Regierung gesehen hätten, wurde diese unattraktiver. Dazu trug die LINKE auch selbst durch einen Streit um die Spitzenkandidaten bei, hinter dem sich auch inhaltliche Differenzen vor allem in der Flüchtlingsfrage verbargen.

DIE LINKE konzentrierte sich im Wahlkampf auf ihre sozialpolitischen Themen (Altersarmut, Zwei-Klassen-Medizin, Wohnungsknappheit, Umverteilung) und die Friedenspolitik. Diese spielten im Wahlkampf aber nur eine untergeordnete Rolle. Er wurde durch die Themen Flüchtlinge, Islamisierung und Sicherheit dominiert. Die rechtspopulistische AfD trieb die anderen Parteien zu immer weiteren Verschärfungen. Besonders in den unteren Einkommensgruppen wurde die Zuwanderung als Bedrohung des eigenen sozialen Status' wahrgenommen.

Dass DIE LINKE in ihrer Mehrheit zu keinen Zugeständnissen in der Flüchtlingsfrage bereit war, hatte eine Umschichtung ihrer Wählerschaft zur Folge. Zugewinne konnte sie vor allem bei ehemaligen SPD- und Grünen-Wählern, bei Jugendlichen und besser Gebildeten erzielen. Verluste gingen an erster Stelle an die AfD.<sup>11</sup> In Universitätsstädten erzielte sie ihre besten Ergebnisse. War die Wählerschaft vorher was Altersstruktur und Bildungsniveau angeht ausgeglichen, sind Jugendliche jetzt überrepräsentiert und Wähler mit niedrigen Bildungsabschlüssen unterrepräsentiert. Auch wenn Arbeitslose und Arbeiter mit 11 Prozent ihre stärksten Wählergruppen sind, hat sie vor allem bei den Arbeitlosen erheblich verloren. Die AfD liegt bei beiden Gruppen mit 21 bzw. 22 Prozent mit an der Spitze.<sup>12</sup>

## Österreich

Die österreichische Wahl am 15. Oktober endete mit dem befürchteten Ergebnis. Die konservative ÖVP erzielte mit einer rechten Rundumerneuerung unter Spitzenkandidat Sebastian Kurz die meisten Stimmen, während die rechtspopulistische FPÖ ebenfalls zulegte. Beide gewannen vor allem auf Kosten zweier rechter Listen, die nicht mehr antraten. Dieser Rechtsentwicklung machte auch nicht vor der sozialdemokratischen SPÖ halt, die eine Koalition mit der FPÖ nicht ausschloss und sie im Burgenland bereits praktiziert. Sie konnte ihren Stimmenanteil auf Platz 2 verteidigen, indem sie Stimmen an die FPÖ abgab, aber von den Grünen, die nach einer Spaltung an der 4-Prozent-Hürde scheiterten, hinzugewann.

Auch dieses Mal kam es auf der Linken zu keinem Aufbruch. Die Kommunisten hatten diesmal als KPÖ Plus zusammen mit der ehemaligen Jugendorganisation der Grünen kandidiert. Ihr Ergebnis verschlechterte sich von 1,0 auf 0,8 Prozent, obwohl sie eine "bisher nicht gekannte Akzeptanz in der Öffentlichkeit" erreicht hätte, wie der ehemalige KPÖ-Vorsitzende Walter Baier ihr attestierte.<sup>13</sup> In ihrer Wahlauswertung machte die KPÖ vor allem die Ängste linker Wähler vor der schwarz-blauen Koalition dafür verantwortlich, dass sie angesichts einer Vier-Prozent-Hürde dann doch die SPÖ wählten.<sup>14</sup>

## Island

Die Isländer mussten am 28. Oktober nach einem Jahr erneut wählen, weil die rechte Regierungskoalition wegen eines Skandals ihre Mehrheit verloren hatte. Spätestens seit der Finanzkrise ist das isländische Parteiensystem völlig aus den Fugen geraten. Parteibindungen spielen eine immer geringere Rolle. Waren es 2015 und 2016 die Piraten, die in den Umfragen auf einmal bis zu 40 Prozent erreichten, waren es diesmal die Linken-Grünen, die im September mit fast 30 Prozent an der Spitze lagen.<sup>15</sup>

Am Wahltag konnten sie mit 16,9 Prozent aber nur knapp das Ergebnis von 2016 übertreffen. Eine geplante Koalition mit der sozialdemokratischen Allianz, die sich von 5,7 auf 12,1 Prozent verbesserte, und der Piratenpartei erreichte wie schon 2016 keine Mehrheit. Eine Erweiterung dieses Bündnisses um die mitte-rechts verortete Fortschrittspartei kam nicht zustande, weil letzterer die Mehrheit zu knapp erschien. Linken-Chefin Katrín Jakobsdóttir erhielt dann vom Präsidenten den Auftrag zur Bildung einer Regierung mit der stärksten Fraktion, der liberal-konservativen Unabhängigkeitspartei, und der Fortschrittspartei. Zum ersten Mal in Islands Geschichte wurde nach erfolgreichen Koalitionsgesprächen Anfang Dezember eine Vertreterin der radikalen Linken Regierungschefin.



Die Linken-Grünen waren 1999 entstanden, nachdem sich abzeichnete, dass die geplante Vereinigung von Volksbund (ein Nachfahre der isländischen KP), Sozialdemokraten und Frauenpartei sich an der Labour Partei Tony Blairs orientieren würde. Vor allem der linke Flügel des Volksbundes scherte aus bei der Bildung der Allianz.

Die Linken-Grünen kamen auf Anhieb auf fast 10 Prozent der Stimmen und bildeten nach dem Ausbruch der Finanzkrise und einem Wahlergebnis von 21,6 Prozent zusammen mit der Allianz die erste Linkregierung Islands. Das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den westlichen Gläubigern, das zweimal durch einen Volksentscheid gestoppt wurde, und der Streit um eine EU-Mitgliedschaft, zogen die Linken-Grünen arg in Mitleidenschaft. Es kam zu Absplitterungen und bei der Wahl 2003 büßten sie über 10 Prozent der Stimmen ein.<sup>16</sup>

Auch jetzt führte die Koalition mit der Unabhängigkeitspartei, die das Land in die Bankenkrise gestürzt hatte, zu Auseinandersetzungen. Zwei ihrer elf Abgeordneten verweigerten die Gefolgschaft. In ersten Umfragen wird den Linken-Grünen aber ein Stimmenzuwachs attestiert und der Regierung eine Zustimmung von fast 80 Prozent.<sup>17</sup>

### **Entwicklungen in anderen westeuropäischen Staaten**

Wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenken darf, würde die radikale Linke in den meisten anderen westeuropäischen Staaten ähnlich abschneiden wie bei den letzten Wahlen.<sup>18</sup> In Dänemark, Schweden und Finnland würde es zu leichten Gewinnen kommen. In Irland könnte die linksnationalistische Sinn Féin mit einem Zuwachs bis zu 6 Prozent rechnen während die trotzkistischen Parteien mit einem Gleichstand zufrieden sein müssten. Die in Portugal praktizierte Abkehr von den Austeritätsrezepten der EU hat der regierenden Sozialistischen Partei starke Zuwächse in den Umfragen beschert, nicht nur auf Kosten der Rechtsparteien sondern auch auf Kosten ihrer Kooperationspartner Linksblock und Kommunistische Partei (PCP). In Spanien haben Podemos und Vereinigte Linke (IU) an Zustimmung eingebüßt. Sie stehen zwischen den Fronten in der Auseinandersetzung um Katalonien. Sie lehnen die Unabhängigkeit zwar ab, befürworten aber das Recht auf Selbstbestimmung.

Bemerkenswert ist die Entwicklung in Belgien, wo es einer weiteren ehemals maoistischen Partei, der Partei der Arbeit (PTB/PvdA), gelungen ist, mit einer an den Interessen der Mehrheit ausgerichteten Politik, zu einer bedeutenden politischen Kraft zu werden. Besonders erfolgreich ist sie in Wallonien, wo sie von der Aufdeckung der Selbstbedienungsmentalität der dort lange regierenden Sozialisten profitiert. In Umfragen erzielte sie dort Werte bis zu 25 Prozent.

Der kometenhafte Aufstieg von SYRIZA in Griechenland wurde durch die Unterwerfung unter das Troika-Diktat jäh gebremst. Mehrere Abspaltungen waren die Folge. Nach einem Absturz von 35 auf 20 Prozent in den Umfragen, erreicht SYRIZA jetzt bis zu 25 Prozent, 10 bis 15 Prozent hinter der führenden rechten Neuen Demokratie (ND). Von diesem Niedergang kann die Kommunistische Partei (KKE) leicht profitieren. Sie kehrt auf ihr Vorkrisenniveau von 8 Prozent zurück. Die SYRIZA-Abspaltungen liegen meist unter der Drei-Prozent-Hürde. Eine neue Partei aus der sozialdemokratischen PASOK und den anderen Mitte-Links-Parteien erzielt keine höheren Umfrageergebnisse als vorher die Einzelparteien.

### **Wahlen ohne radikale Linke in Osteuropa**

Die Nachwirkungen des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Regime in Osteuropa erschweren den Aufbau und die Erneuerung einer radikalen Linken massiv. Die Rechtsentwicklung hält unvermindert an und selbst die sozialdemokratischen Parteien - oftmals Nachfolger der regierenden KPs - verlieren immer mehr an Boden.

Bei den Parlamentswahlen 2017 in drei Staaten spielte die radikale Linke nur in einem Fall eine Rolle.

Am 26. März wurde in Bulgarien gewählt. Die Bulgarische Linke, Mitglied der Europäischen Linken und 2009 aus einer Abspaltung der Sozialistischen Partei (BSP) entstanden, konnte trotz Erweiterung ihres Bündnisses mit der Grünen Partei einen weiteren Niedergang auf 0,1 Prozent nicht verhindern. Eine von mehreren kommunistischen Parteien, die alleine nicht in der Lage sind, die 4-Prozent-Hürde zu überwinden, ist über die Liste der BSP mit einem Mandat im Parlament vertreten.

In Armenien ging am 2. April die dortige KP leer aus. Die Partei, die in den 1990ern noch 12 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, erzielte nur noch 0,7 Prozent und kein Mandat.

Bei den Parlamentswahlen in Tschechien am 20./21. Oktober kam es zu einem starken Rechtsruck. Die Sozialdemokraten verloren zwei Drittel ihrer Stimmen und die Kommunistische Partei (KSCM) die Hälfte und erreichte mit 7,8 Prozent das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung.

### **Ausblick auf 2018**

Sollte es zu keinen vorgezogenen Neuwahlen kommen, stehen 2018 in Westeuropa Parlamentswahlen in Italien, Schweden und Luxemburg auf der Tagesordnung.

Ob die Zersplitterung und der Niedergang der italienischen radikalen Linken bei den Wahlen im Frühjahr gestoppt wird, ist keineswegs sicher. 2013 war die Linke-Ökologie-Freiheit (SEL), eine Abspaltung der Rifondazione Comunista (PRC), nur im Bündnis mit der Demokratischen Partei (PD) ins Parlament gekommen, während ein Bündnis der radikaleren Parteien an der 3-Prozent-Hürde scheiterte. Alle beteiligten Parteien haben seitdem an Einfluss verloren. Anfang 2016 schloss sich die SEL zuerst auf parlamentarischer Ebene mit Abspaltungen der PD und der populistischen M5S zu Italienischen Linken (SI) zusammen, die Beobachterstatus bei der Europäischen Linken hat. Zu weiteren Austritten aus der PD kam es vor allem im Zusammenhang mit dem gescheiterten Verfassungsreferendum der Regierung Matteo Renzis von Ende 2016.

Ein Versuch von zwei Führungsmitgliedern des Komitees für das Nein, Anna Falcone und Tomaso Montanari, eine Vereinigung der Linksparteien und der gesellschaftlichen Linken von unten herbeizuführen, scheiterte nicht nur an der Beteiligung ehemals führender PD-Mitglieder, die deren neoliberale Politik mitzuverantworten hatten, sondern auch am Streit der Parteien. Der Entschluss der SI und zweier sozialdemokratischer Abspaltungen der PD, der 2015 entstandenen Possibile und der 2017 gegründeten Demokratischen und Fortschrittlichen Bewegung (MDP), in Abgrenzung zur PD als Bündnis "Frei und Gleich" (LeU) antreten, besiegelte die Spaltung auf der Linken. Die radikaleren Strömungen haben nach Regionalversammlungen und einer Vollversammlung in Rom das Bündnis Potere al Popolo (Macht für das Volk) aus der Taufe gehoben.

Die Wahlen in Schweden sollen am 9. September abgehalten werden. Auch hier haben die Rechtspopulisten die traditionellen Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändert. Während bis zum Aufkommen der Schwedendemokraten meist ein Linksbündnis und ausnahmsweise auch die konservativen Parteien eine absolute Mehrheit hatten, ist dies heute nicht mehr möglich. Der Streit um die Flüchtlingspolitik trieb die Werte der Schwedendemokraten auf bis zu 25 Prozent in die Höhe bei Verlusten der rot-grünen Minderheitsregierung. Die Linkspartei hat davon zum Teil profitiert und erreicht in den Umfragen um die 8 Prozent.

2018 wird vermutlich die letzte Wahl in Westeuropa am 14. Oktober in Luxemburg stattfinden. Nach 5 Jahren liberal-rot-grüner Regierung wird mit einer Rückkehr der Konservativen (CSV) an die Regierung und mit Verlusten von Sozialdemokraten (LSAP) und Liberalen (DP) gerechnet. Das sagen alle Umfragen voraus. Auch die Kommunalwahlen 2017 bestätigten diese Entwicklung. Erstmals seit 100 Jahren stellt die CSV in Esch, der zweitgrößten Stadt und ehemaligen Stahlmetropole, die stets sozialdemokratisch oder kommunistisch regiert worden war, den Bürgermeister. Vom Niedergang der LSAP konnten aber weder Déi Lénk, die zwar in mehr Orten kandidierte aber nur ein Mandat dazu gewann, noch die KPL profitieren, die eins ihrer drei Mandate einbüßte. Für die Parlamentswahl sagen alle Umfragen der



Linken einen bescheidenen Zuwachs von 4,5 auf 6 Prozent und von 2 auf 3 Sitze voraus, während die KPL wieder leer ausgehen würde.

- 
- <sup>1</sup> Unter "radikale Linke" werden alle Parteien und Bewegungen verstanden, die links der Grünen und der Sozialdemokratie einzuordnen sind. Siehe dazu: Nico Biver, Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse linker Parteien in Westeuropa seit den 1970er Jahren, Teil I in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 101, März 2015, S. 141-153 und Teil II in Z Nr 102, S. 141-151, [https://www.academia.edu/13371614/Verswindet\\_die\\_Linke\\_Mitgliederentwicklung\\_und\\_Wahlergebnisse\\_linker\\_Parteien\\_in\\_Westeuropa\\_seit\\_den\\_1970er\\_Jahren](https://www.academia.edu/13371614/Verswindet_die_Linke_Mitgliederentwicklung_und_Wahlergebnisse_linker_Parteien_in_Westeuropa_seit_den_1970er_Jahren) sowie: Paolo Chiochetti, The Radical Left Party Family in Western Europe, 1989-2015, Abingdon 2017 und Luke March/Daniel Keith (Hg.), Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream?, London 2016
- <sup>2</sup> In dieser Statistik werden für jedes Jahr jeweils die vollständigen offiziellen Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen berücksichtigt. Falls in einem Land in einem Jahr zwei Parlamentswahlen stattgefunden haben, wurde das Ergebnis der ersten Wahl für das Jahr berücksichtigt, in dem sie stattgefunden hat, und das der zweiten für die folgenden Jahre bis zur nächsten Wahl. Die einbezogenen Gebiete sind alle europäischen Staaten, in denen es schon vor 1989 Wahlen mit konkurrierenden Parteien gab, mit zwei Ausnahmen: durch die deutsche Vereinigung beinhaltet die Statistik auch die Wahlergebnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aber nicht diejenigen der Türkei, wo linke Parteien unter Repressionen zu leiden haben. Wahlergebnisse für außereuropäische Gebiete (z.B. französische Überseegebiete) wurden nicht berücksichtigt. Da die Wahlergebnisse von Bündnissen der darin dominierenden politischen Richtung zugerechnet werden, kann es zu Verzerrungen im Gesamtergebnis kommen. Das Ergebnis der Grünen ist leicht unterbewertet, weil bei den letzten Wahlen grüne Parteien in Spanien, Portugal, Griechenland und Italien in linken Bündnissen kandidierten.
- <sup>3</sup> Vgl. <https://www.noties.nl/v/get.php?a=peil.nl&s=weekpoll&f=TK2017+naar+persoonlijke+kenmerken.pdf>
- <sup>4</sup> Vgl. Daniel Keith, Failing to Capitalize on the Crisis. The Dutch Socialist Party, in: Luke March and Daniel Keith (ed.), Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream?, London/New York, 2016, S. 155ff.
- <sup>5</sup> Vgl. <https://www.noties.nl/v/get.php?a=peil.nl&s=weekpoll&f=Overgangen+tussen+partijen+bij+TK2017.pdf>
- <sup>6</sup> Vgl. <http://lordashcroftpolls.com/wp-content/uploads/2017/06/GE-post-vote-poll-Full-tables.pdf>
- <sup>7</sup> Vgl. <https://www.opinion-way.com/fr/sondage-d-opinion/sondages-publies/opinionway-sociologie-jour-du-vote-tour-1-legislatives-2017-juin-2017/download.html>
- <sup>8</sup> Siehe: Interview mit der stellv. Vorsitzenden von Rødt Marie Sneve Martinussen, <https://www.jacobinmag.com/2017/09/norway-red-party-elections-labor-environment>
- <sup>9</sup> Vgl. <http://www.sv.uio.no/isy/forskning/prosjekter/valgforskning/aktuelle-saker/politisk-dagsorden-og-best-politikk-ssb.pdf>
- <sup>10</sup> Vgl. <https://www.ssb.no/en/valg/statistikker/vund#relatert-tabell-1>
- <sup>11</sup> Vgl. Wählerwanderungsanalyse von infratest-dimap, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>
- <sup>12</sup> [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB\\_BTW\\_2017.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf)
- <sup>13</sup> <https://www.rosalux.de/en/publication/id/38007/wahlpolitischer-umbruch-in-der-postdemokratie/>
- <sup>14</sup> Siehe Resolution des 37. KPÖ-Parteitag: <http://www.kpoe.at/partei/positionen/2017/resolution-2-zum-ergebnis-der-nationalratswahl-2017>
- <sup>15</sup> Zur Politik der Linken-Grünen ein Interview mit der jetzigen Ministerpräsidentin Katrín Jakobsdóttir: <https://www.jacobinmag.com/2017/10/iceland-election-left-greens-katrin-jakobsdottir>
- <sup>16</sup> Siehe: Silja Bára Ómarsdóttir and Andrés Ingi Jónsson, The Icelandic left-green movement from victory to defeat, in: Luke March and Daniel Keith (ed.), Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream?, London/New York, 2016, S. 173ff.
- <sup>17</sup> Siehe: <https://europeinsoumise.org/fr/dossiers-thematiques/politique/item/60-islande-l-incroyable-alliance-entre-la-gauche-radical-et-la-droite>
- <sup>18</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Category:Opinion\\_polling\\_for\\_future\\_elections](https://en.wikipedia.org/wiki/Category:Opinion_polling_for_future_elections)